

Meine Woche im Landtag



Liebe Leserinnen und Leser,

die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada waren auf unseren Vorschlag Thema der Aktuellen Stunde. Wir wollten auf **die Gefahren durch CETA und TTIP** aufmerksam machen. Unsere Forderung, die Verhandlungen abubrechen, hat für einen heftigen Schlagabtausch im Plenum gesorgt.

Bereits 2013 haben wir das Thema aufgebracht und als erste vor den Gefahren, die CETA und TTIP bergen, gewarnt. Der Großteil der Bürger ist mittlerweile gegen die beiden Handelsabkommen. Immer mehr Menschen wollen den Weg der Regierung nicht mehr mitgehen. Sie haben erkannt, dass Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz, Bildung, kommunale Selbstverwaltung und unsere Sozialstandards auf dem Spiel stehen. Die Staatsregierung ignoriert nicht nur fahrlässig die Risiken durch die Freihandelsabkommen, sondern auch die Gefahr, dass die Demokratie großen Schaden nimmt. Wenn Seehofer jetzt von ‚Veto‘ spricht, ist das ein letzter Rettungsversuch, da er merkt, dass CSU und Staatsregierung auf dem falschen Dampfer sind.

Für uns FREIE WÄHLER sind die bayerischen und deutschen Standards nicht verhandelbar. Deshalb fordern wir eine Volksbefragung, ob Bayern den Freihandelsabkommen im Bundesrat zustimmen soll oder nicht.

Die Plenarrede unseres Fraktionsvorsitzenden Hubert Aiwanger finden Sie unter folgendem Link: https://youtu.be/NxTJP_6QLQM

Ihr



Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

R ü c k b l i c k

TTIP und CETA waren auch Thema einer schriftlichen Anfrage, die wir eingereicht haben. Hintergrund ist eine Studie der „London School of Economics“, die die Regierung des Vereinigten Königreichs in Auftrag gegeben und zunächst geheim gehalten hatte. Auf Basis des in Großbritannien geltenden Informationsfreiheitsgesetzes wurde die Regierung allerdings gezwungen, diese zu veröffentlichen. Die Ergebnisse fallen vernichtend aus: TTIP birgt demnach **viele Risiken und keinen Nutzen**. Es dürfte den britischen Steuerzahlern erheblich Kosten auferlegen. Vor diesem Hintergrund wollen wir nun wissen, ob die Staatsregierung zu den Handelsabkommen CETA, TTIP und TiSA eigene, bisher unveröffentlichte Studien in Auftrag gegeben hat oder als Mitglied des Bundesrats Beschlüsse zur Auftragserteilung von Gutachten zu den Handelsabkommen CETA, TTIP und TiSA mitgetragen hat.

Diese Woche war ein rabenschwarzer Tag für die **Energiewende** in Bayern. Die Richter des Verfassungsgerichtshofs haben unsere Klage gegen die 10H-Regelung abgewiesen. Neue Windenergieanlagen sind damit in Bayern so gut wie passé. Mit dem im EEG geplanten Ausschreibungsmodell wird es generell kaum noch Bürgerenergieanlagen, die bisher vor Ort große Akzeptanz erfahren haben, mehr geben. Es ist also völlig schleierhaft, wie die Staatsregierung ihr selbst gesetztes Ziel von 1700 Windrädern in Bayern bis 2022 umsetzen will – wo es derzeit in unserem Land gerade einmal 937 solcher Anlagen gibt.

Neben Sprachkenntnissen ist auch die Vermittlung von Alltagsregeln und Verbraucherkompetenzen ein Kernstück der **Integration von Flüchtlingen** in Deutschland. Rheinland-Pfalz hat dazu als erstes deutsches Bundesland ein Projekt der Verbraucherzentrale initiiert: Die Verbraucherschützer informieren über das deutsche Wirtschaftssystem und Marktgeschehen und helfen somit Missverständnisse zu vermeiden. Über ein landesweites Netzwerk versucht man außerdem, mögliche Betrugsmaschen zu Lasten der Flüchtlinge frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir die

Staatsregierung auf, nach diesem Vorbild ein Projekt zur Stärkung der Verbraucherschutzverbände in Bayern zu initiieren, welches auf eine verstärkte Verbraucherberatung für Flüchtlinge und Asylbewerber abzielt. Denn auch in Bayern steigt der Bedarf an Verbraucherberatung für Flüchtlinge stetig und ist mit der aktuellen personellen und sachlichen Ausstattung der Verbraucherverbände nicht zu bewältigen.

Um Fluchtursachen dauerhaft zu bekämpfen, braucht es auch faire Löhne in den Herkunftsländern. Der **Entwicklungszusammenarbeit** kommt angesichts der aktuellen Herausforderungen eine völlig neue Bedeutung zu: Sie ist Sicherheits-, Friedens- und Wirtschaftspolitik zugleich. Sie schafft Arbeitsplätze und sichert das Überleben und die Zukunft der Menschen in Entwicklungsländern.

Das **Textilbündnis Bayern** könnte dazu einen wichtigen Beitrag leisten – bayernweit sind bislang aber nur 26 Unternehmen dabei. Die bayerische Textilbranche ist damit noch weit von einer flächendeckenden Teilnahme am Bündnis entfernt. Wir wollen das ändern. In einem Antrag, der maßgeblich aus meiner Feder stammt, fordern wir im Rahmen einer „Roadshow“ auf, die bayerische Textilbranche zuzugehen und so durch Dialog und Information in den sieben Regierungsbezirken für das Bündnis für nachhaltige Textilien zu werben. Darüber hinaus fordern wir die Staatsregierung auf, eine nachhaltige Beschaffung von Bekleidung und weiteren Textilien, wie beispielsweise die neuen bayerischen Polizeiuniformen, sicherzustellen.

V o r s c h a u

Am 31. Mai veranstaltet die Fraktion ein **Fachgespräch** zum Thema „posttraumatische Störungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“.

Auf folgenden Termin im Juli möchte ich Sie bereits jetzt hinweisen:

**„Musikalische Vielfalt in Bayern
Volksmusik als Spiegel regionaler Verbundenheit“**

Unter diesem Titel veranstalten wir am 1. Juli einen Parlamentarischen Abend im Bayerischen Landtag. Genauere Informationen folgen.

Impressum

Verantwortlich nach §5 TMG:

Dr. Hans Jürgen Fahn
Justin-Kirchgäßner-Str. 11
63906 Erlenbach am Main
Tel.: 09372 6985
E-Mail: dr.fahn@onlinehome.de